

Ressort: Politik

Lindner sieht Bundesregierung im Türkei-Streit in der Pflicht

Berlin, 10.03.2017, 14:35 Uhr

GDN - FDP-Chef Christian Lindner sieht nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Auftrittrecht türkischer Politiker die Bundesregierung jetzt in der Pflicht, ihre "laxe Haltung" abzulegen. "Die Bundesregierung macht bewusst von ihren Möglichkeiten keinen Gebrauch, die Werbung für eine autoritäre Türkei bei uns zu unterbinden. Das ist nun klar", sagte Lindner der "Heilbronner Stimme" (Samstagsausgabe).

"Es ist ein falsches Verständnis von Toleranz, den Gegnern der Meinungsfreiheit Meinungsfreiheit zu gewähren", fügte der FDP-Chef hinzu. Laut des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts "haben Staatsoberhäupter und Mitglieder ausländischer Regierungen weder von Verfassungen wegen noch nach einer allgemeinen Regel des Völkerrechts einen Anspruch auf Einreise in das Bundesgebiet und können sich in ihrer amtlichen Eigenschaft auch nicht auf Grundrechte berufen".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-86440/lindner-sieht-bundesregierung-im-tuerkei-streit-in-der-pflicht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com